

VORSORGE A LA CARTE?

schalisierende Thesen sind nicht angebracht und werden der Sache nicht gerecht.»

Ute Gerhard diagnostiziert zudem eine Verschärfung des Geschlechterkonfliktes. Der Alltag sei vielfach problematischer geworden, denn es gebe keinen eindeutig dominierenden Lebensentwurf für junge Frauen. Im Gegensatz dazu würde sich die Mehrzahl der Männer immer noch an der durchgängig erwerbstätigen Normalbiographie orientieren, obwohl die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung längst in eine andere Richtung laufe.

PROFITIEREN VON DER FRAUENBEWEGUNG

Dass die Veränderung zwischen den Geschlechtern nicht nur oberflächlicher Natur ist, zeigt sich daran, dass immer mehr Männer den «männlichen Lebensentwurf» in Frage stellen. Sie setzen sich mit ihrer Geschlechterrolle und den männlichen Werten auseinander und realisieren allmählich, dass sie von der Frauenbewegung profitieren und nicht die Verlierer sind, wenn sie von ihrer Macht etwas abgeben. Diese Männer merken, dass sie eigentlich einen hohen Preis für ihre Privilegien bezahlen. Die sich ändernde Einstellung zeigt sich gut am Beispiel Teilzeitarbeit: Erst rund zehn Prozent der Schweizer arbeiten Teilzeit, doch wie eine neuere Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) zeigt, möchten weit mehr Männer ihr Pensum reduzieren, um mehr Zeit für sich und ihre Familie zu haben.

Diesen Wandel kann sich die Frauenbewegung auch auf ihre Fahnen schreiben. Vielleicht ist das aber vielen Frauen und Männern nicht ganz bewusst. Die Frauenbewegung hat einen Prozess in Gang gesetzt, der nicht mehr aufzuhalten ist. Doch Unmögliches darf man nicht erwarten, und mit Rückschlägen muss gerechnet werden, denn eine 4000 Jahre alte Gesellschaftsstruktur kann nicht innerhalb von Jahrzehnten völlig umgekrempelt werden.

KONTAKT

Prof. Barbara Naumann, bnaumann@access.unizh.ch; Elisabeth Maurer, maurer@zuv.unizh.ch

Wie muss die Altersvorsorge künftig ausgestaltet sein? Der Soziologe Beat Fux und der Sozialökonom Peter Zweifel haben dazu höchst unterschiedliche Ansichten.
Moderation Thomas Gull

Es knarrt im Gebälk des Sozialstaates Schweiz; zu den zentralen Problemen gehört die Altersvorsorge. Welches sind die Ursachen?

PETER ZWEIFEL: Der zentrale Ausgangspunkt ist die gestiegene Lebenserwartung. Um sinnvolle Anpassungen an diesen Sachverhalt zu erkennen, macht man sich am besten klar, was jemand privat tun würde, wenn er eine längere Lebenserwartung hätte. Es leuchtet ein, dass man einen Teil der gewonnen Lebensjahre arbeiten würde, um sich Vermögen und Einkommen für das Alter zu sichern. Man würde Versicherungen abschliessen. Vielleicht würde man auch innerhalb der Familie Vorkehrungen treffen, damit jene Nachkommen,

die noch erwerbstätig sind, etwas mehr für einen sorgen.

BEAT FUX: Wenn man die Entwicklung in den westlichen Gesellschaften anschaut, stellt man fest, dass man vom ursprünglichen Modell, das Herr Zweifel geschildert hat, bei dem jedes Individuum selbst für seine Sicherheit verantwortlich war, zu einem System überging, bei dem ein Teil der sozialen Absicherung an den Staat delegiert wurde. Vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg konnten sich überall in den westlichen Ländern Systeme der sozialen Sicherheit etablieren. Diese haben sich auch sukzessive ausgedehnt. Jetzt haben wir in einzelnen dieser Bereiche, beispielsweise in der Altersvorsorge, in der Tat Schwierigkeiten. Die Relation zwi-

«Unsere Altersvorsorge hat wahrscheinlich zur Verlängerung der Lebenserwartung beigetragen.» Peter Zweifel





«Die Altersvorsorge muss stärker individualisiert werden – die AHV würde an Bedeutung verlieren.» Peter Zweifel

schen den Erwerbstätigen und den Rentnerinnen und Rentnern ist aus dem Ruder geraten. Gleichwohl ist die Sozialversicherung eine grosse soziale Errungenschaft. Sie leistete einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gleichheit zwischen allen Schichten. Von da her gibt es ein berechtigtes Bedürfnis, die soziale Sicherheit zu erhalten, wenn nicht gar auszubauen. Die Altersvorsorge anzupassen ist in diesem Kontext meines Erachtens in erster Linie ein administratives Problem.

Herr Zweifel, teilen Sie die Analyse von Herrn Fux, dass es sich bei der Krise der Altersvorsorge um ein administratives Problem handelt?

ZWEIFEL: Das greift mir zu kurz. Man darf nicht vergessen, Sicherheit ändert das Verhalten. In der Versicherungslehre gibt es dafür einen speziellen Begriff – das moralische Risiko. Wenn ich damit rechnen kann, dass Entscheidungen, die ich treffe, in ihren Konsequenzen nicht mehr voll von mir getragen werden müssen, weil ein Versicherungssystem eintritt, werde ich mich anders verhalten.

Die Altersvorsorge, die wir betreiben, hat wahrscheinlich einiges zur Verlängerung der Lebenserwartung beigetragen. Wenn die Leute, die in Pension gehen, ein Kapital ausbezahlt bekommen würden, aus dem sie den Rest ihres Lebens zu finanzieren hätten, wäre das Interesse an Lebensverlängerung gar nicht besonders gross. Wenn man länger leben würde, müsste man das Kapital auf die Jahre verteilen, die man noch zu leben hat.

Es ist heute bereits möglich, sich die zweite Säule ausbezahlen zu lassen.

ZWEIFEL: Die meisten bleiben jedoch bei der Rente, weil sie das Risiko, zu alt zu werden, nicht tragen müssen.

FUX: Sozialpolitisch ist es eine Errungenschaft, dass man sich für das eigene Alter nicht mehr individuell absichern muss.

Herr Zweifel: Stellen Sie den Sozialstaat grundsätzlich in Frage?

ZWEIFEL: Nein. Zuerst einmal sind Versicherungen eine grossartige soziale Erfindung, weil sie den Ausgleich von Risiken ermöglichen. Ich ver-

stehe jedoch unter sozialer Sicherung, wie wir sie heute haben, zuerst einmal den Zwang, dass alle Bewohner eines Landes daran teilnehmen müssen. Dieses Zwangselement gefällt einem Ökonomen grundsätzlich nicht, weil es einen Verlust an Freiheit bedeutet. Die Frage ist: Weshalb wollen die Leute nicht aus Eigeninteresse eine solche Versicherung abschliessen?

Selbst in den reichen Ländern gibt es Menschen, die sich eine genügende soziale Absicherung auf rein individueller Basis nicht leisten könnten.

ZWEIFEL: Wenn man will, dass sich auch arme Leute eine solche Versicherung kaufen, zahlt man ihnen eine Subvention. Wir haben diese Lösung heute bei der Krankenversicherung. Wenn die Krankenversicherung eine zu grosse Belastung darstellt, bekommen die Leute gezielt Geld in die Hand, das sie für den Kauf von Krankenversicherungsschutz nach ihrem Belieben verwenden können. Das ist auch bei der Altersvorsorge machbar.

FUX: Die Grundvoraussetzung einer Gesellschaft, in der alle die gleichen Voraussetzungen und gleichen Chancen haben und folglich auch gleichermassen um ihre soziale Sicherheit besorgt sein können, ist nicht gegeben. Sie war auch nie gegeben. Seit der Bildung von Staaten war man besorgt, eine ganze Reihe von ungleich verteilten Risiken an den Staat zu delegieren. Die Sozialpolitik hat sich als Konsens der Mehrheit der Bevölkerung etabliert.

Wie müsste man die Probleme in der Schweiz angehen – wie begegnet man der Überalterung und der zu niedrigen Fertilität?

FUX: Das System der AHV hat sich langfristig entwickelt im Rahmen eines kontinuierlichen Aushandlungsprozesses zwischen den verschiedenen politischen Lagern. Dies mit dem Ziel, die Leistungen für die Empfänger zu optimieren. Dieser Aushandlungsprozess und dessen Geschichtlichkeit ist das eine. Das andere sind die beiden grundlegenden demografischen Prozesse: die Alterung und die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit. Diese Prozesse sind langfristig und lassen sich mit politischen Mitteln kurzfristig kaum steuern.

Die Frage ist, wie die Lasten dieses demografischen Ungleichgewichts getragen und verteilt werden sollen.

FUX: Wenn die jetzigen Strukturen erhalten werden sollen, müssen neue Einnahmequellen geschaffen werden, sei es durch Erhöhung der Steuern, sei es durch andere staatliche Mittel. Die Alternative wäre, die Leistungen zu kürzen. Die Wahl zwischen diesen Möglichkeiten ist weniger ein soziologisches als vielmehr ein politisches Problem. Sie muss ausgehandelt werden. Der Prozess, der seit der Einführung der AHV 1948 läuft und eine kontinuierliche Erweiterung der Altersvorsorge gebracht hat, kann nicht einfach Halt machen oder eine Wende vollziehen, sondern muss weiter vorangetrieben werden.

Herr Zweifel: Soll der Sozialstaat in der heutigen Form erhalten und gesichert werden, oder gibt es dazu Alternativen?

ZWEIFEL: Mein Anknüpfungspunkt ist immer noch, was ein Individuum tun würde, wenn es wüsste, dass seine Lebenserwartung steigt. Da sehen wir, wie sich Diskrepanzen auftun. Individuell wäre ich bestimmt bereit, etwas länger zu arbeiten, um das Altersvermögen etwas mehr anzusparen. Doch das Problem sind die Politiker, die gewählt werden wollen und deshalb Versprechungen machen, die für ihre Wähler attraktiv sind – beispielsweise das Pensionierungsalter zu senken.

Was halten Sie von dieser Idee?

ZWEIFEL: Das wird nicht aufgehen. Die Beitragssätze müssten angehoben werden. Je weniger jedoch gewährleistet ist, dass meine Beitragssätze mir selber zugute kommen, desto mehr werden sie zu einer Steuer. Wenn der Steuersatz aber 50 Prozent und mehr für jeden zusätzlich erarbeiteten Franken beträgt, dann ist der Anreiz, sich in Überstunden zu stürzen, nicht mehr stark. Jene, die die Finanzen für die AHV aufbringen sollen, werden versuchen, der Belastung zu entgehen.

Die Steuern zu erhöhen ist für Sie kein Thema, allenfalls wäre es eine Möglichkeit, das Rentenalter heraufzusetzen.

ZWEIFEL: Ich sage nicht, es sei kein Thema. Alle Dinge haben Nebenwirkungen, weil Verhaltensanpassungen erfolgen. Ich vermute aber, dass eine weitere Belastung des Arbeitseinkommens für die Wirtschaftsleistung und für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz nicht sehr günstig ist; man könnte sich zumindest Alternativen überlegen.

Was würde das für die Altersvorsorge bedeuten?

ZWEIFEL: Ich glaube, dass die zweite Säule in Zukunft mehr Gewicht erhalten muss.

Und die AHV?

ZWEIFEL: Es wird auf eine Erhöhung des Rentenalters hinauslaufen.

Sie denken offenbar noch an andere Möglichkeiten wie eine Individualisierung und Privatisierung der Vorsorge?

ZWEIFEL: Durchaus.

Herr Fux: Stellt die stärkere Individualisierung und Privatisierung der Vorsorge

nicht den gesellschaftlichen Konsens in Frage, den sie skizziert hat?

FUX: Nehmen wir das Beispiel eines bildungs- und einkommensmässig weniger privilegierten Menschen, der seine Familie problemlos über die Runde bringen kann, aber dauernd an der Grenze seiner Möglichkeiten ist. Hat dieses Individuum, selbst wenn es ein guter «Ökonom» ist, überhaupt die Möglichkeit, sich und seinen Haushalt individuell abzusichern? Wird es nicht gezwungen sein, bis 85 oder bis die ersten Altersbeschwerden wirklich virulent werden, zu arbeiten? Wenn ihm überhaupt noch jemand Arbeit gibt! Die Idee der Individualisierung der sozialen Sicherheit ist gut für jene, die sich das leisten können. Das ist nicht für alle gegeben. Deshalb gibt es eine Aufgabe für den Staat, demokratisch für sämtliche Menschen zu sorgen. Was die Steuern betrifft: Die Schweiz ist, was die Fiskalquote angeht, immer noch unterhalb des OECD-Mittels. Sozialabgaben in der Höhe von 60, 70, 80 Prozent des Bruttoeinkommens, von denen Herr Zweifel spricht, das gibt es nicht einmal in Schweden.

Fortsetzung auf Seite 48

«Die Individualisierung der sozialen Sicherheit ist gut für jene, die sich das leisten können.» Beat Fux





46 Port Barcarès, Frankreich 1995



Fortsetzung von Seite 45

Was sagen Sie, Herr Zweifel, zur Idee, dass der Staat weiterhin in der Pflicht steht?

ZWEIFEL: Auch wenn Herr Fux von einer niedrigen Fiskalquote gesprochen hat, geht doch jeder zweite Franken durch öffentliche Hände. Dem Bürger ist zu 50 Prozent die Dispositionsfreiheit über das, was er mit seinen Anstrengungen erzielt, genommen. Das ist ein Freiheitsverlust. Es ist deshalb vermehrt damit zu rechnen, dass die Bürger nicht mehr sehen, was ihnen zusätzliche Anstrengung bringen soll. Das ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz verhängnisvoll. Wenn die Schweizer nicht auch in Zukunft mit neuen Produkten aufwarten, die international so geschätzt sind, dass wir unsere hohen Löhne und andere Kosten decken können, kann auch der Staat mangels Einnahmen seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen.

FUX: In den vergangenen Jahren hat die stärkere Thematisierung der Alterungsproblematik im Verein mit der ökonomischen Schwäche der Wirtschaft zu einer tiefen Verunsicherung ge-

führt. Das stimuliert die Politisierung des Problems. Ich denke gleichwohl, etwas mehr Gelassenheit wäre angebracht. Die Wirtschaft hat Konkurrenzschwierigkeiten im internationalen Wettbewerb. Aber es gibt langfristige Konjunkturen, und die Hypothese, dass es irgendwann wieder einmal zu einem Aufschwung kommen wird, ist nicht ganz absurd.

Im internationalen Vergleich sind die Probleme der Schweiz noch nicht besonders gross; das Pensionierungsalter ist relativ hoch, und die Vorsorge ist relativ liberal ausgestaltet. In Deutschland wird das Schweizer Drei-Säulen-Modell sogar als Vorbild gehandelt.

FUX: Das Schweizer Vorsorgemodell hat tatsächlich Mustercharakter. Es hat sich sehr gut bewährt. Es ist geprägt von einem liberalen Grundgedanken. Man hat auch versucht, nicht überbordend viel umzuverteilen, sondern, wie die Verfassung verlangt, die Existenzsicherung zu gewährleisten. Die Potenz für einen dezenten weiteren Ausbau der Altersvorsorge ist in der Schweiz vorhanden, ohne einen extremen Sozi-

alstaat zu schaffen, der Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz hätte.

ZWEIFEL: Gegen einen Ausbau von möglichen Absicherungen bin ich nicht unbedingt. Aber die Art und Weise, wie wir dies tun, ist zu überdenken. Ein Umlageverfahren, wie wir es in der ersten Säule betreiben, ist für demografische Umschichtungen sehr anfällig. Das ist das Problem. Die zweite Säule und das eigene Sparen bilden eine gute Ergänzung, weil dort die Entwicklung der Kapitalmärkte ausschlaggebend ist. Jetzt haben wir leider eine Situation, in der beide Vektoren nach unten zeigen, das kann trotz Diversifikation nicht immer vermieden werden. Aber im Durchschnitt steht die Schweiz gut da, weil sie nicht so umfassend auf die erste Säule gesetzt hat wie andere Länder.

Könnte man sich auch bei der AHV eine Alternative zum Umlageverfahren vorstellen?

ZWEIFEL: Das ist fast nicht zu machen, dazu ist die erste Säule zu verpolitisiert. Ich darf vielleicht kurz zurückblenden: 1985 gehörte ich zu der Gruppe der «Weisen», die einen Bericht zur Zukunft der AHV verfasste. Wir sagten voraus, dass, wenn keine Massnahmen ergriffen würden, der Reservefonds der AHV 2001 auf null sinken und dann in den negativen Bereich kippen würde. Es ist kaum zu glauben: Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen, es wurde nichts unternommen, und 2001 kippte der Reservefonds ins Negative. Das ist erschreckend. Es geht mir nicht darum, Recht zu haben, es zeigt, wie schwerfällig die AHV notwendigerweise ist, weil sie eine Einheitslösung sein soll. Das ist ein weiteres Argument, das mich dazu führt, vorzuschlagen, den Leuten eine Subvention zu geben, damit sie mehr Wahlfreiheit haben. Die zweite Säule bringt immer noch zu wenig Wahlfreiheit, weil sie halbkollektiv ist. Mein Vorschlag wäre: Es müsste das Niveau festgelegt werden, das im Alter für die Lebenshaltung notwendig ist. Wer diese Vorsorge aus seinem laufenden Einkommen nicht finanzieren kann, bekommt eine Subvention, mit der er sich die Vorsorge seiner Wahl kauft. Hier sollte der Freiraum grösser werden, was bedeutet, dass die erste Säule an Bedeutung verlieren würde. Die Gewichte verschieben sich in Richtung Individualisierung.

FUX: Mir gefällt das Bild des Capuccino-

«Die Potenz für einen dezenten weiteren Ausbau der Altersvorsorge ist in der Schweiz vorhanden.» Beat Fux



Modells, wie es in der Niederlande genannt wird: Es entspricht der Grundidee unserer drei Säulen in der Schweiz: Es gibt eine Grundversicherung, die die Existenz sichert. Die ist staatlich gewährleistet. Dann gibt es die Milch in den Kaffee, das ist die zweite Säule; dort hat der Staat Aufsichtsfunktion. Das Schäumchen ist die private Vorsorge. Dort soll das Individuum frei und ökonomisch mehr oder weniger kapabel und rational handeln können.

Herr Zweifel, stellt Ihr Vorschlag, die Vorsorge zu individualisieren, nicht die Werte in Frage, die die Basis der Sozialstaaten westeuropäischen Zuschnitts bilden: Existenzsicherung, sozialer Ausgleich, Gerechtigkeit?

ZWEIFEL: Nein. Es geht um das neue Austarieren von Elementen, die als solche gar nicht in Frage gestellt sind. Existenzsicherung ist etwas vage: auf welchem Niveau soll die Existenz gesichert werden? Dort entzündet sich die Debatte. Darüber muss man einen Grundkonsens herbeiführen. An der übrigen Einkommensverteilung braucht man dann gar nicht mehr viel zu schrauben.

FUX: Wenn man die Einkommensverteilung in der Schweiz mit anderen Ländern vergleicht, sind die Unterschiede relativ gross, und sie nehmen zu. Von daher gäbe es den Wunsch, dass vermehrt umverteilt wird. Auf der anderen Seite ist auch klar, dass die Entwicklungsgeschichte der sozialen Absicherung in der Schweiz auf liberalen Füßen steht. Entsprechend ist die Umverteilungskomponente im Vergleich mit anderen Ländern relativ schwach entwickelt. Daran kann vermutlich nicht sehr viel geändert werden. Was man bedenken muss: Würde eine Schwächung der ersten Säule nicht dazu führen, dass es zu einer Umlagerung vom System der sozialen Sicherheit zur Sozialfürsorge kommen würde?

Herr Zweifels Idee einer Subvention ginge in diese Richtung.

ZWEIFEL: Wobei der Unterschied darin besteht, dass die Subvention die Wahlfreiheit des Empfängers minimal einschränkt. Demgegenüber bestimmt bei der zweiten Säule der Arbeitgeber die Pensionskasse. Es wäre besser zu sagen:

dieser Standard muss erreicht werden, damit die Menschen dem Staat im Alter nicht zur Last fallen.

Das bedeutet: Entweder man erreicht aus eigener Kraft den staatlich gesetzten Vorsorgestandard. Ist dies nicht der Fall, bekommt man vom Staat eine Unterstützung.

ZWEIFEL: Genau. Damit könnte ich mich in eine individuell wählbare zweite Säule einkaufen.

FUX: Ich denke, dass sich das schlanke AHV-Modell nach wie vor sehr gut für die Altersvorsorge eignet.

ZWEIFEL: Der Staat erweckt noch mehr als die Versicherer den Eindruck, alles sei unter Kontrolle. Dies entspricht nicht der Wahrheit, und gegebene Versprechen müssen zurückgenommen werden. Das ist eine schlimme Erfahrung und unterminiert die Bereitschaft, einen Beitrag zu leisten. Man trägt den Sozialstaat mit, weil man eine Gegenleistung erwarten kann. Aber wenn der Staat seine Versprechungen nur noch beschränkt einhalten kann, sinkt die Bereitschaft, mitzutragen.

Was geschieht, wenn man die Probleme nicht lösen kann?

FUX: Das kann nicht passieren. Es wird eine Lösung geben. Diese wird voraussichtlich darauf hinauslaufen, dass die Altersvorsorge mehr oder minder im bestehenden Rahmen weitergeführt wird. Die Politik steht in der Pflicht, eine Mischform zwischen den Idealen der Umverteilung und der sozialen Sicherheit für das Individuum zu finden respektive zu entscheiden, ob Problemfälle in die Sparte Sozialpolitik oder in die Sparte Sozialfürsorge fallen sollen. Die Instrumente, die zur Verfügung stehen, sind bekannt: Veränderung der Altersgrenze und Veränderung bei den Einnahmen und Ausgaben. Mehr als diese drei Möglichkeiten gibt es nicht. In der Politik muss ausgehandelt werden, wie diese drei Regler neu eingestellt werden.

ZWEIFEL: Bei einem Umlageverfahren gibt es die grosse Versuchung, die Last auf künftige Generationen abzuwälzen. Ansatzweise haben wir das bisher praktiziert, indem die Eintrittsgeneration bei jeder Erweiterung der AHV gut

gestellt wurde, um Stimmen zu gewinnen. Jetzt besteht die Gefahr, dass das im grösseren Stil gemacht wird: Der Staat verschuldet sich, die Schulden müssen später bedient und abgetragen werden von Menschen, die noch nicht stimmberechtigt sind.

Ist der Sozialstaat, der die Existenz aller sichert, eine Illusion, die vor dem Ende steht?

ZWEIFEL: Ende einer Illusion geht zu weit. Es gibt Schwierigkeiten, ein bestimmtes Niveau auch in Zukunft zu halten. Wenn die Schweiz weiterhin an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verliert, muss die Existenzsicherung dies widerspiegeln. Man muss bescheidener werden mit den Versprechungen, indem man klar macht, dass wir an den Erfolg der Wirtschaft gebunden sind und nur in diesem Rahmen Zusagen für die Zukunft machen können.

FUX: Einverstanden. Das ist die Quintessenz. Die soziale Sicherheit ist ein langfristiges Produkt, das sich in einer komfortablen wirtschaftlichen Situation etabliert hat; es ist in einer prosperierenden Phase arrondiert und erweitert worden. Heute gibt es effektiv Schwierigkeiten. Aber soll man deshalb das Produkt abschaffen oder die Idee, die dahinter steckt? Nein. Es geht darum, dieses Produkt weiterzuentwickeln. Die Potenz und die Möglichkeiten sind vorhanden.

ZU DEN PERSONEN

Prof. Peter Zweifel (57) ist Professor für Sozialökonomie an der Universität Zürich. Er lehrt und forscht unter anderem in den Bereichen Gesundheits- und Versicherungsökonomie.

KONTAKT pzweifel@soi.unizh.ch

Dr. Beat Fux (45) ist Privatdozent am Soziologischen Institut der Universität Zürich und Chefredaktor der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Familienforschung, Sozialdemographie, Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik.

KONTAKT flux@soziologie.unizh.ch